

Stadtparlament

Wortprotokoll

19. Sitzung der Legislatur 2019 - 2023 der Legislatur 2015-2019

Dienstag, 14. Dezember 2021, 19:00 Uhr, Seeparksaal

Vorsitz: Ulrich Nägeli, Parlamentspräsident

Entschuldigt: Silke Sutter Heer, FDP/XMV
Arturo Testa, CVP/EVP

Anwesend Stadtparlament: 28

Anwesend Stadtrat: Dominik Diezi
Dieter Feuerle
Michael Hohermuth
Jörg Zimmermann
Luzi Schmid

Protokoll: Nadja Holenstein, Parlamentssekretärin

Traktanden

- 19/1. Mitteilungen
Mitteilungen aus dem Parlamentsbüro
Mitteilungen der Einbürgerungskommission (EBK)
- 19/2. Stadthofareal: Zonenplanänderung und Änderung Baureglement
Eintreten, Detailberatung, Beschlussfassung
- 19/3. Reglement über das Landkreditkonto, Teilrevision
2. Lesung
- 19/4. Postulat Prüfung einer Einheitsgemeinde: Zusammenschluss der Schulgemeinden auf dem Gemeindegebiet Arbon und der politischen Gemeinde Arbon von Aurelio Petti, Myrta Lehmann, Migga Hug, Reto Neuber, Arturo Testa, alle CVP/EVP
Stellungnahme, Beratung, Beschlussfassung
- 19/5. Interpellation Elektromobilität: Points of Interest (POI) charging Arbon von Cyrill Stadler und Christine Schuhwerk, beide FDP/XMV
Beantwortung
- 19/6. Fragerunde
- 19/7. Informationen aus dem Stadtrat

Präsident Ulrich Nägeli, SVP: Geschätzte Vertreter der Medien, liebe Mitbürger, bevor wir mit der Sitzung beginnen, möchte ich Sie erneut darauf aufmerksam machen, dass gemäss den Erläuterungen der COVID-19-Verordnung besondere Lage die Maskenpflicht für Innenräume gilt, in denen Parlamente oder Gemeindeversammlungen tagen, sofern diese Innenräume auch für das Publikum zugänglich sind. Ich bitte Sie daher, die Masken zu tragen. Während Wortmeldungen dürfen die Masken vor dem Mikrofon abgezogen werden.

Ich begrüsse Sie recht herzlich in diesem Saal. Bevor ich die Sitzung eröffne, noch ein paar Worte in eigener Sache. Geehrte Parlamentarierinnen und Parlamentarier, geehrte Stadträte und geehrter Stadtpräsident sowie sehr geehrte Parlamentssekretärin, heute haben wir die letzte Parlamentssitzung im Jahr 2021. Ich persönlich absolviere heute die Hälfte meiner Amtsdauer als Parlamentspräsident. Es erfüllt mich mit Stolz und viel Genugtuung, Vorsitzender eines solch tollen Parlaments zu sein. Es ist eine Freude zu sehen, wie wir nun nach zwei Jahren sozusagen unter Zwangshaft von Pandemie, also unter schwierigen Umständen, einen parlamentarischen Betrieb führen, der zusammen mit den Stadträten und dem Stadtpräsidenten unbeirrt an der Zukunft der Gemeinde Arbon – Frasnacht – Stachen weiterarbeitet, immer sachlich, politisch korrekt und mit einer Fairness gegenüber allen politischen Mitstreitern. Als zurzeit höchster Arboner erlaube ich mir, Ihnen diesen Dank oder dieses Lob auszusprechen. Es gebührt Ihnen allen. Machen wir weiter so. Die Sitzung ist somit eröffnet.

Entschuldigt haben sich Silke Sutter Heer, FDP/XMV, Arturo Testa, Die Mitte/EVP.

Nach erfolgtem Namensaufruf stellt der Parlamentspräsident fest, dass 28 Mitglieder des Stadtparlaments anwesend sind. Die Beschlussfähigkeit ist somit gegeben. Das absolute Mehr beträgt 15.

Sie haben die Traktandenliste rechtzeitig erhalten. Gibt es Wortmeldungen zur Traktandenliste? Die Traktandenliste wird stillschweigend genehmigt.

1. Mitteilungen

Sie haben für die heutige Sitzung folgende Unterlagen erhalten:

Mit Versand vom 30. November 2021:

- Stadthofareal: Zonenplanänderung und Änderung Baureglement, Kommissionsbericht

Mit Versand vom 23. November 2021:

- Reglement über das Landkreditkonto, Teilrevision, 2-spaltige Synopse
- Postulat Prüfung einer Einheitsgemeinde, Zusammenschluss der Schulgemeinden auf dem Gemeindegebiet Arbon und der politischen Gemeinde Arbon von Aurelio Petti, Myrta Lehmann, Migga Hug, Reto Neuber, Arturo Testa, alle Die Mitte/EVP, Stellungnahme
- Interpellation Elektromobilität, Points of Interest, Charging Arbon von Cyrill Stadler und Christine Schuhwerk, beide FDP/XMV, Beantwortung

Mitteilungen aus dem Parlamentsbüro:

- Das Protokoll der 18. Parlamentssitzung dieser Legislatur ist genehmigt und im Internet aufgeschaltet.

An der heutigen Sitzung sind folgende parlamentarischen Vorstösse eingegangen:

- Interpellation Seeparksaal, Mietreduktion für die einheimischen Vereine von Esther Straub, Die Mitte, diese geht nun in Zirkulation.
- Einfache Anfrage «Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Arboner Heimatausweises» von Linda Heller, SP/Grüne, diese wird dem Stadtrat zur Beantwortung übergeben.

Einfache Anfragen

Die einfache Anfrage Digitales Stadtparlament von Daniel Bachofen, SP/Grüne, Wie geht die Stadtverwaltung Arbon mit Cyber-Risiken um? von Daniel Bachofen, SP/Grüne, Betreuungsangebote für Kinder mit Beeinträchtigung oder Behinderung von Daniel Bachofen und Jakob Auer, beide SP/Grüne und Altersdiskriminierung über 50 von Jakob Auer, SP/Grüne wurden mit dem Versand zur heutigen Sitzung beantwortet. Eine Diskussion findet nicht statt. Die einfachen Anfragen gelten somit als erledigt.

Mitteilungen aus der Einbürgerungskommission

Gemäss Art. 12 Einbürgerungsreglement besteht für die Einbürgerungskommission Informationspflicht gegenüber dem Stadtparlament über zu behandelnde Gesuche und gefasste Beschlüsse.

Esther Straub, Die Mitte/EVP, Präsidentin EBK: Ins Bürgerrecht der Stadt Arbon aufgenommen wurde an der EBK-Sitzung vom 18.11.2021:

- Gökbayrak Merve, 1992, Türkei

Pendenzen: Im Moment liegen insgesamt 20 Gesuche von 40 Personen vor, die sich im Bewilligungsverfahren befinden, davon sind 3 Gesuche zurückgestellt.

2. Stadthofareal: Zonenplanänderung und Änderung Baureglement Eintreten, Detailberatung, Beschlussfassung

Präsident Ulrich Nägeli, SVP: Zu diesem Traktandum möchte ich speziell Fabienne Egloff, Leiterin Stadtentwicklung, und Elisabeth Schegg, Leiterin Rechtsdienst, begrüessen. Sie haben beratend an der Sitzung der vorberatenden Kommission teilgenommen und werden verdankenswerterweise Stadtpräsident Dominik Diezi an der heutigen Sitzung unterstützen.

Für die Vorbereitung dieses Geschäfts wurde eine vorberatende Kommission eingesetzt. Gemäss Art. 34 Abs. 1 des Geschäftsreglements bitte ich den Präsidenten der vorberatenden Kommission ans Rednerpult.

Felix Heller, SP/Grüne, Präsident vorberatende Kommission: Ich möchte mich bei meinen Kommissionskolleginnen und -kollegen für die angenehme, effiziente Zusammenarbeit bedanken. Ein spezieller Dank geht an Fabienne Egloff, Lisa Schegg und Dominik Diezi, die uns während der Sitzung kompetent Auskunft gaben und berieten. Ich verzichte auf ein Vorlesen des Kommissionsberichts und mache eingangs nur drei Bemerkungen, die mir wichtig scheinen.

1. Wie Sie dem beigelegten Verfahrensablauf entnehmen können, war der Spielraum der Kommission stark eingeschränkt. Wir konnten Ja sagen zu dem ganzen Paket oder es in seiner Gesamtheit ablehnen. Ein «Ja, aber» oder ein «Nein, ausser wenn» gibt es hier nicht.
2. Selbstverständlich gibt es Punkte, die man bemängeln kann. Die gibt es bei jedem Projekt. Kritisieren könnte man beispielsweise, dass die Überbauung den Namen Stadthof trägt, der eigentliche Hof, nämlich der Innenhof im ersten Obergeschoss, aber nicht für die Öffentlichkeit zugänglich geplant ist. Am Schluss muss man sich aber fragen, ob die Kritikpunkte rechtfertigen, das gesamte Projekt den Bach runterzuschicken. Die Kommission war mit 6 zu 1 Stimmen der Meinung, dass dieses Projekt ausgereift und durchdacht ist, dass die Erarbeitung seriös angegangen wurde und dass es vorteilhaft für die Entwicklung unserer Stadt ist.
3. Wir sprechen hier von einem Richtprojekt. Details wie zum Beispiel die Fassadengestaltung werden erst mit der Baubewilligung festgelegt. Verbindlich sind Dinge wie die Höhe und Fläche der Geschosse, die maximale und minimale Hoffläche, die Gestaltung der Dächer und des Innenhofs sowie der Umgebung. Der Stadtrat kann durch Erteilen der Baubewilligung immer noch korrigierend eingreifen. Dazu muss dem Projekt aber eine

Chance eingeräumt werden. Gemäss Kommissionsmehrheit hat dieses Projekt eine Chance verdient.

Zum Schluss noch dies: Wir Kommissionsmitglieder wurden mit insgesamt über 300 Seiten Informationen eingedeckt. Wir haben Studienauftrag, Projektbeschreibung, Sonderbauvorschriften, Gestaltungsplan mit Anhängen, Nutzungsplanung, Lärmemissionsstudien und einiges mehr gelesen und versucht, so viel wie möglich davon zu verstehen und zu hinterfragen. Ein Milizparlamentarier kommt bei einem solchen Geschäft natürlich an den Anschlag. Nicht nur in Bezug auf das Fachwissen, sondern vor allem auch auf die zeitlichen Ressourcen, die ihm zur Verfügung stehen. Ich werde versuchen, so gut wie möglich auf Fragen zu antworten, werde aber bei Detailfragen gern an Stadtpräsident Diezi weiterleiten, der natürlich viel bessere Kenntnisse über dieses Geschäft besitzt und ausserdem weitere Fachleute im Rücken hat. Die Kommission empfiehlt mit 6 zu 1 Stimmen, der Botschaft Stadthofareal: Zonenplanänderung und Änderung Baureglement und damit den darin enthaltenen drei vorgezogenen Genehmigungen als Gesamtheit zuzustimmen und das Geschäft zuhanden des Stimmvolks freizugeben.

Christine Schuhwerk, FDP/XMV: Die Fraktion FDP/XMV hat intensiv über die Teilzonenplanänderung und die Änderung des Baureglements diskutiert und wir bedanken uns bei der Kommission für die Vorbereitung des Berichts.

Zwischen dem Rosengarten und dem Hamel soll auf 11 Parzellen der Stadthof entstehen. Das Areal ist seit Jahren eine Brache und nun ist es Zeit, dass hier etwas entsteht. Die Vögele-Immobilien wollten diese Zahnlücke, wie sie dieses Areal in dem neuen städtischen Zentrum nannten, neu bebauen. Durch den Eigentümerwechsel der Parzellen plant die Seewarte AG nun diese Wohn- und Gewerbeüberbauung mit dem damaligen Projekt. Es handelt sich bei dieser Überbauung um ein gutes und ausgereiftes Projekt. Mit dem jetzigen Zonenplan ist das Projekt nicht umsetzbar. Die Inkraftsetzung der revidierten Ortsplanung und des Baureglements mit dem Zonenplan kann sich noch zwei Jahre hinziehen. Wir sind der Meinung, dass wir nicht noch weiter warten sollten. Die Änderung des Baureglements mit Zonenplan muss den Stimmberechtigten zur Abstimmung unterbreitet werden. Somit ist Eintreten obligatorisch. Das Parlament empfiehlt dem Stimmvolk die Botschaft zur Annahme oder zur Ablehnung. Die FDP/XMV stimmt der Botschaft Stadthofareal: Zonenplanänderung und Änderung Baureglement und damit den darin enthaltenen drei vorgezogenen Genehmigungen als Gesamtheit zu sowie empfiehlt sie, das Geschäft zuhanden des Stimmvolks freizugeben.

Migga Hug, Die Mitte/EVP: Die Fraktion Die Mitte/EVP bedankt sich bei der vorberatenden Kommission und dem Stadtrat für die Vorbereitung. Das Geschäft ist etwas speziell, wenn man nur Ja oder Nein sagen kann. Die positiven Detailargumente überwiegen hier jedoch bei Weitem, sodass es zu keinen grossen kontroversen Diskussionen geführt hat. Durch die Einwände der Denkmalpflege wurde die Höhe in der zweiten Fassung angepasst und es entstand dadurch ein wirklich sehr gut eingepasstes Überbauungskonzept. Es reagiert an allen vier Ecken mit einem guten Verhältnis zum Umfeld. Durch diese Akzente wirkt der im Sockel sehr grosse Baukörper nicht mehr so wuchtig. An dieser guten Lage finden wir das Projekt mit der erdgeschossigen Nutzung für Einkaufsläden sehr passend. Auch begrüßen wir die weiterführende Arkade der St. Gallerstrasse entlang. Wir sind überzeugt, dass Arbon mit diesem Projekt seinen Mehrwert haben wird. Die Verkehrstauglichkeit wird sicherlich erst im Gebrauch die genauen Erkenntnisse bringen. Wir sehen mit dem Projekt aber auch eine Chance, die in diesem Bereich zwischen dem Coop und Hamelgebäude noch sehr unklare Fussgänger- und Langsamverkehrssituation klarzustellen. Es ist an der Zeit, dass dieser Gestaltungsplan die Möglichkeit gibt, an dieser Stelle die nicht schönen Parkplätze verschwinden zu lassen. All diese Argumente inklusive die des Kommissionsberichts bestätigen uns, dass die Zonenplanänderung und Baureglementsanpassung so nötig und richtig für diesen Ort sind. Setzen wir gemeinsam ein Statement für dieses Projekt und schlagen einstimmig dem Volk diese Zonenplan- und Baureglementsänderung vor. Die Fraktion Die Mitte/EVP ist dafür, dieses Geschäft so dem Stimmvolk zur Abstimmung zu unterbreiten.

Matthias Schawalter, SVP: Auch die SVP-Fraktion bedankt sich bei der vorberatenden Kommission für die Vorarbeit. Gäste von Arbon, die mit dem Zug am Bahnhof eintreffen, sehen aktuell gleich zwei unschöne Dinge in ihrer Nähe. Zum einen ist da das Metropol, dessen Zukunft noch nicht feststeht, zum anderen ist es das gegenüberliegende Brachland mit den in die Jahre gekommenen Gebäuden. Nun stehen Investoren bereit, die mit einem durchdachten Projekt an dieser Situation etwas zu verbessern planen. Die SVP-Fraktion hat das Thema intensiv besprochen und kommt zum folgenden Schluss: Das Projekt Stadthof erfüllt die Anforderungen an eine Überbauung an einer solch zentralen Lage. Es ist zum einen verdichtet gestaltet, die Überbauung reiht sich dank einer abgestimmten Höhe gut in die Häuser in der Umgebung ein. Es ist eine für die Öffentlichkeit zugängliche Parkgarage geplant, die Architektur erlaubt eine gewisse Durchgängigkeit für die Bevölkerung, neue, zeitgemässe Gewerbeflächen bringen auch der Stadt einen Mehrwert. Einzig bei der Frage bezüglich der Verkehrsanbindung über die sonst schon teils überbelastete Kreuzung Klarastrasse-St. Gallerstrasse erwarten wir, dass hier ein Weg gefunden wird, der die Situation nicht unnötig verschärft. Somit ist die SVP-Fraktion der Meinung, dass die Stadt die Rahmenbedingungen für dieses Vorhaben schaffen und somit der Zonenplanänderung und die Änderung im Baureglement und damit die darin enthaltenen drei vorgezogenen Genehmigungen als Gesamtheit zustimmen und das Geschäft zuhanden des Stimmvolks freigeben soll.

Lukas Graf, SP/Grüne: Die Fraktion SP/Grüne bedankt sich beim Stadtrat für die Botschaft und bei der Kommission für die speditive und dennoch sehr gründliche Vorberatung. Ein besonderer Dank gebührt dem Kommissionspräsidenten Felix Heller für die Sitzungsleitung und den umfassenden, klar strukturierten und gut verständlichen Bericht. Unsere Fraktion unterstützt das Projekt grossmehrheitlich. Dies nicht nur, weil es besser ist als die aktuelle Brache, das wäre definitiv zu wenig an dieser Lage. Andererseits können wir aber auch nicht behaupten, dass das Projekt restlos überzeugt. Die verdichtete Bauweise ergibt an dieser zentralen Lage definitiv Sinn. Vielmehr als direkt am See wären hier auch Gebäude mit einer Höhe von mehr als 30 Metern denkbar. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass mit der vorgezogenen Anpassung des Baureglements und des Konzepts für höhere Häuser kein Vorentscheid für die Ortsplanungsrevision getätigt wird, sondern sich diese Anpassung lediglich auf die betroffenen beiden Parzellen beziehen. Bedauerlich finden wir, dass bei einem Projekt namens Stadthof eben dieser Innenhof nicht öffentlich zugänglich ist. Andererseits möchte aber auch niemand uneingelöste Versprechen wie beim Projekt Rosengarten, wo die öffentliche Zugänglichkeit des Gartens bei der Planung und Abstimmung ein wichtiges Argument war. Danach war der Zugang eine Weile geschlossen und wurde dann erst auf Druck des Parlaments wieder geöffnet. Heute besteht der Garten in seiner ursprünglichen Form gar nicht mehr. Leider gibt es weitere Beispiele von Grossprojekten, bei denen zwischen Gestaltungsplan und Umsetzung, zwischen Versprechen und Realität eine grosse Diskrepanz klafft. Der Durchgang zum See beim Saurerwerk 1 war im Gestaltungsplan und der entsprechenden Visualisierung begründet, und zwar mit relativ grossen Bäumen. Heute findet man dort fragwürdige Kunst und eine grosse Pfütze, aber keine einzige Pflanze. Wir fordern daher den Stadtrat auf, bei der Umsetzung genau hinzuschauen und das Baugesuch nur zu bewilligen, wenn die Fassade den Qualitätsansprüchen dieser Lage entspricht, wenn die Begrünung genau so umgesetzt wird, wie sie aktuell im Vorprojekt geplant ist. Wichtig ist uns auch, dass der Durchgang von der St. Gallerstrasse zum Bushof auch tatsächlich gewährleistet ist.

Mit Befremden haben wir dem Kommissionsbericht entnommen, dass es nicht möglich sein soll, bei einem solchen Gebäude den Minergiestandard via Gestaltungsplan vorzuschreiben. Ist es wirklich so, das vielleicht als Frage danach an den Stadtrat, dass ein solches Gebäude in der heutigen Zeit keinem Minergiestandard genügen muss?

Ein weiteres wichtiges Thema, welches die vorberatende Kommission diskutiert hat, ist der Mehrwertausgleich für Aufzonungen. Auch wenn es dafür aktuell keine rechtliche Handhabe gibt und daher im Rahmen dieses Projekts keine Mehrwertabgabe mehr realisiert werden kann, so fordern wir den Stadtrat auf, ein entsprechendes Reglement auszuarbeiten und den Dialog

mit dem Kanton aufzunehmen, sodass in Zukunft bei Auf- und Umzonungen für derartige Projekte eine Mehrwertabgabe erhoben werden kann.

Fazit: Die Fraktion SP/Grüne unterstützt das Projekt Stadthof grossmehrheitlich und wird der Botschaft und damit den drei vorgezogenen Genehmigungen zustimmen. Im Vergleich zum ursprünglichen Projekt wurden verschiedene Optimierungen vorgenommen. Es gilt nun, bei der Realisierung streng darauf zu achten, dass die versprochene Qualität auch umgesetzt wird, sei es bei der Fassadengestaltung, der Begrünung oder anderen zentralen Aspekten. Zudem soll der Stadtrat die Grundlage für eine Erhebung einer Mehrwertabgabe schaffen respektive dies zumindest versuchen.

Heidi Heine, SP/Grüne: Ist Ihnen allen bewusst, dass wir mit der Annahme einer vorgezogenen Zonenplanänderung des Stadthofs ohne die Geltendmachung einer Mehrwertabgabe sehr wahrscheinlich Bundesrecht verletzen? EspaceSuisse hat sich in seinem neusten Printmagazin Raum und Umwelt in der Dezemberausgabe 3/2021 mit der Tragweite der bundesrechtlichen Vorgaben aus Art. 5 des Raumplanungsgesetzes, dem Auftrag zum Mehrwertausgleich stark mit Auf- und Umzonungen befasst. Gern fasse ich für Sie einige Auszüge und Erkenntnisse daraus zusammen. Die Zitate beziehen sich alle auf Art. 5 Abs. 1 im Raumplanungsgesetz.

Ich zitiere den Rechtsdienst von EspaceSuisse: «Der Gesetzgebungsauftrag Art. 5 Abs. 1 behält seinen Charakter als bindendes Recht und bezieht sich insbesondere auf Um- und Aufzonungen, die erheblichen Mehrwert bewirken. Meine Frage an euch, Dominik Diezi, Riquet Heller, Migga Hug: Wie schätzt ihr und andere Fachleute hier im Parlament das für den Stadthof ein? Handelt es sich beim Stadthof um eine erhebliche Um- und Aufzonung, wie es das Bundesgericht definiert? Ja, selbstverständlich.

Weiter erläutert EspaceSuisse: Der Kanton muss die Gemeinden verpflichten, erhebliche Planungsmehrwerte dem Mehrwertausgleich zu unterstellen, soweit er diese nicht selbst erfüllt. Er darf es den Städten gar nicht verbieten. Lässt ein Kanton den Gemeinden die Wahl, erhebliche planerische Vorteile aus Um- und Aufzonungen dem Mehrwertausgleich zu unterstellen und verzichtet so eine Gemeinde darauf, dann kommen sie diesem Gesetzgebungsauftrag nicht nach und verletzen damit Bundesrecht. Das ist relevant, sollen wir zur vorgezogenen Zonenplanänderung heute abstimmen. Im Kommissionsbericht steht, die Mehrwertabgabe greife beim Stadthof nicht, weil es sich hier um eine Umzonung und nicht um eine Einzonung handle. EspaceSuisse sieht das aber anders. Sie schreiben dazu wortwörtlich: Der Gesetzgebungsauftrag bezieht sich insbesondere auch auf Um- und Aufzonungen. Soweit Auf- und Umzonungen erhebliche Mehrwerte bewirken, unterliegen beide Planungsmassnahmen in gleicher Weise einer Ausgleichspflicht.

Weiter erklärt EspaceSuisse, die Erträge aus einer Mehrwertabgabe sollen zum Beispiel für Infrastruktur und Ausstattungskosten, etwa für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, die Erstellung von Rad- und Fusswegen, den Ausbau und die Aufwertung von Grün- und Freiräumen oder die Schaffung und Förderung soziokultureller Einrichtungen wie Kitas, Jugend- und Quartiertreffpunkten oder Alterseinrichtungen eingesetzt werden. Jakob Auer, Linda Heller, Islam Sadiki, Myrta Lehmann, Christine Schuhwerk, ich frage euch und auch dich Cornelia Wetzels: Stellt euch mal vor, wie viel wir mit einer angemessenen, vom Bundesgesetz vorgeschriebenen Mehrwertabgabe in diesen Bereichen für unsere Stadt erreichen können. Wie viel Lebensqualität mehr liesse sich damit für die Bevölkerung unserer Stadt erreichen? Dazu müssten wir natürlich erst einmal wissen, wie hoch eine Mehrwertabgabe sich auf den Stadthof, aber auch auf alle weiteren Entwicklungsareale der Stadt auswirken. Ehrlich gesagt, ich schätze das bei solch grossen Vorhaben wie dem Stadthof auf mehrere Millionen. Das muss natürlich von einem dazu befähigten Planungsbüro verifiziert werden. Ich weiss nur, dass State of the Art bei solch grossen Projekten die dynamische Residualwertmethode ist, um dies methodisch einwandfrei zu ermitteln. Da werden die Brutto- und Nettokapitalisierung, also der Ertragswert ermittelt, indem sämtliche künftigen Erträge und Kosten berücksichtigt werden. Es kann und

darf nicht sein, dass Grossinvestoren und Grossinvestorinnen unverhältnismässig aus wesentlichen Auf- und Umzonungen in Arbon wider der Bundesrechtsprechung profitieren. Unsere Stadt benötigt klare Berechnungsgrundlagen dazu, um ihren gesellschaftlichen und öffentlichen Interessen ordnungsgemäss nachzukommen. Die Zeit ist reif, diesen Umstand ab sofort bundesrechtskonform zu behandeln.

Ich stelle deshalb folgenden Antrag: Die Beschlussfassung zum Stadthofareal muss verschoben werden, bis die Rechtslage mit dem Rechtsdienst von EspaceSuisse für weitere wesentliche Auf- und Umzonungen für die Stadt Arbon geklärt ist und eine entsprechende gesetzliche Grundlage unter Hochdruck ausgearbeitet ist. Dies gilt auch für den geplanten Stadthof. Ich bitte Sie alle, dem Anliegen zuzustimmen und nur einen juristisch mit Sicherheit einwandfreien, bundesrechtskonformen Weg von Seiten des Kantons und unserer Stadtregierung zu akzeptieren.

Riquet Heller, FDP/XMV: Mit Freude habe ich zur Kenntnis genommen, mit welcher weitgehender Einigkeit hier, nämlich zuerst der Stadtrat und jetzt auch wir als Parlament diese Umzonung den Stimmberechtigten zur Annahme empfehlen. Einziger Wermutstropfen, der jetzt gefallen ist, ist dass wir offensichtlich unsere Fiskalgesetzgebung beschleunigt vorantreiben müssen, damit wir noch aus diesem Bauprojekt Gebühren herausholen können. Ich meine, dies sei unzulässig, aufgrund eines Vorfalls diesen Vorfall zu stoppen und darauf eine Gesetzgebung zu erlassen, damit man diesen Vorfall noch besteuern kann. Das finde ich nicht richtig. Die Gesetzgebung sollte gleichförmig und gleich sein und nicht auf Veranlassung eines einzelnen Vorfalls bewirken, dass dieser Vorfall gestoppt wird und darauf Gebühren erhoben werden. Demzufolge stelle ich fest, dass in quasi Einigkeit betreffend Empfehlung der Gutheissung dieser Zonenplanänderung den Stimmberechtigten empfohlen wird. Ja, es ist ein gutes Projekt und unsere Kommission hat auch gute Arbeit geleistet. In ihrem Bericht hat sie viel Gescheites und schlichtweg Richtiges und Wahres zu Papier gebracht. Ich zitiere aus diesem Bericht: Das Areal zeigt sich als Brache und ist im Verfall begriffen und darum der hervorragenden Zentrums Lage direkt neben dem Bahnhof und in Seenähe schlicht unwürdig. Das verdichtete Bauen an einer solch zentralen Lage wird als sinnvoll erachtet. Namentlich sollte eigentlich noch höher gebaut werden können. Und ein drittes, zentrales Zitat aus dem Bericht: Die Kommission ist mehrheitlich der Ansicht, dass es nichts nützt, Wünschbares auszuarbeiten, was nachher von niemandem realisiert wird und als blosser Wunschtraum erachtet wird. Jetzt liegt ein konkretes Projekt vor sowie eine Investorin, die bereit ist, das Projekt durchzuführen. Da es sich um ein seriöses, sorgfältig geplantes und gut abgestimmtes Projekt handelt, sollten keine Steine in den Weg gelegt werden, zumal auch keine konkreten, realisierbaren und realistischen Alternativen zur Wahl stehen. Wie wahr und realistisch. Und das genau Gleiche gilt für Riva. Jenes Projekt ist zudem um einiges filigraner und schlanker als der wesentlich grössere Bauhofklotz, bringt uns zusätzliches öffentliches Land am See und einen neuen Durchgang zum See, beides auch nachts und an Feiertagen sowie Hotelzimmer und einen Bankettsaal. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit und via Genehmigung des Projekts Stadthof auch Dank an unsere Stimmberechtigten. Rechtsgleichheit ist ein wichtiges Gut.

Cyrril Stadler, FDP/XMV: Ich möchte da nur kurz auf die angegebene Abweichung vom Bundesrecht von Heidi Heine eingehen. Da gab es eine Prüfung durch den Bund, wo Kantone auf eine Liste aufgenommen wurden, die gegen genau diese Vorgaben verstossen oder diese Rechte noch nicht rechtzeitig eingeführt haben. Der Kanton Thurgau wurde im Jahr 2019 auf diese Gesetzgebung hin überprüft und wurde nicht auf diese Liste der fehlbaren Kantone aufgenommen.

Stadtpräsident Dominik Diezi, Die Mitte: Ich möchte mich ganz herzlich für die freundliche Aufnahme der Vorlage bedanken. Dem Stadtrat ist es ein grosses Anliegen, das wurde bereits zutreffend so erwähnt, dass diese unwürdige Brache an zentralster Lage in Arbon zum Verschwinden gebracht werden kann. Und wir sind auch davon überzeugt, dass hier nun wirklich ein überzeugendes Richtprojekt vorliegt, das mit diesem Gestaltungsplan ermöglicht

werden soll. Man hat ja auch intensiv an diesem Gestaltungsplan gearbeitet, es wurden verschiedene wichtige Verbesserungen erzielt. Insbesondere ist das Ganze viel grüner geworden, es berücksichtigt den Langsamverkehr besser und es ist unseres Erachtens auch optimal, was die Höhen anbelangt, auf die Umgebung abgestimmt. Noch zu verschiedenen Punkten, die jetzt noch aufgeworfen wurden in der Diskussion:

Vielleicht zuerst zu dieser Mehrwertdebatte: Das ist ja doch ein bisschen sehr einfach dargestellt worden. Faktum ist, es gibt heute keine gesetzliche Grundlage, um bei diesem Projekt überhaupt über eine Mehrwertabgabe zu diskutieren. Das Bundesrecht gibt möglicherweise den Kantonen auf, dass Umzonungen erfasst werden müssen, aber das ist ein Gesetzgebungsauftrag, wenn es denn so ist, das ist nicht unmittelbar anwendbar. Im Kanton Thurgau gibt es dafür keine gesetzliche Grundlage. Und selbstverständlich haben wir natürlich auch kein entsprechendes Reglement, das ist Ihnen ja alles bestens bekannt. Das wäre aber natürlich die Voraussetzung, dass wir uns hier über diese Mehrwertabgabe überhaupt den Kopf zerbrechen müssen, deshalb macht es bis jetzt auch keinen Sinn, dass wir hier auf Vorrat irgendwelche Abklärungen in diese Richtung unternehmen, die dann auch noch kosten. Wir haben den Dialog mit dem Rechtsdienst des Kantons Thurgau bereits geführt. Der Kanton Thurgau ist klar der Auffassung, dass er Bundesrecht korrekt umsetzt und dass vor allem wir keinen eigenen Spielraum haben und dass wenn wir auf die Idee kämen, selbst eine Mehrwertabgabe in ein Reglement zu dekretieren, dass er diesem Reglement die Genehmigung verweigern würde. Also mit anderen Worten: Wir müssten dann gerichtlich gegen den Kanton vorgehen und uns auf Gemeindeautonomie berufen, falsche Anwendung des Bundesrechts etc. Das müssen wir jetzt zuerst einmal in aller Ruhe überlegen, wie da überhaupt die Erfolgsaussichten sind, ob wir diesen Weg beschreiten wollen oder nicht. Aber selbst, wenn wir diesen Weg beschreiten und selbst, wenn wir dabei Gas geben, ist das nicht eine Sache von Monaten, sondern dann schon eher von Jahren. Denn zuerst werden wir hier ja mal streiten, was wir genau dekretieren wollen. Das ist ja überhaupt nicht klar. Wie hoch sollen diese Sätze sein? Was wird genau erfasst? Da würde ein ganz normales Gesetzgebungsverfahren laufen, dass seine Zeit in Anspruch nimmt. Nachher müssten wir gewärtigen, dass der Kanton eine Prüfung vornimmt, das nicht genehmigt, dann müssten wir es anfechten, gerichtlich durchfechten. Also wie gesagt, das ist keine Geschichte von Monaten. Daher meinen wir im Zusammenhang mit dem Projekt, das hier vorliegt, auch kein Thema.

Jetzt aber zu den Punkten, die Themen sind, die aktuell anstehen. Die Verkehrsanbindung wurde aufgeworfen. Wir haben hier eine entsprechende Simulation durchführen lassen. Diese hat gezeigt, dass grundsätzlich die bestehende Infrastruktur reichen sollte. Klar kann nicht ausgeschlossen werden, dass es mal an einem Samstag vielleicht um 13 Uhr nachmittags, wenn alle für die Einkäufe unterwegs sind, auf der Klarastrasse einen Rückstau geben kann, aber grundsätzlich droht da kein ständiger Infarkt. Auf der anderen Seite ist eine Verkehrsanbindung Richtung Kantonsstrasse, Webschiffkreisel schwierig zu realisieren bzw. sieht das der Kanton nicht.

Dann wurde die Höhe thematisiert. Natürlich könnte man grundsätzlich höher bauen, wollte man zuerst auch, aber der Heimatschutz hat hier Einsprache erhoben. Und das, was Ihnen vorliegt, ist das Ergebnis eines Kompromisses mit dem Heimatschutz. Ich glaube, da sind wir gut beraten, das jetzt auch so als gegeben zu nehmen.

Dann Stadthof: Ja natürlich, aus Sicht der Öffentlichkeit wäre es schön gewesen, wenn man auf den Hof im ersten Stock hätte gehen können. Aber man hat auch ein bisschen Verständnis. Wir haben immerhin durchgesetzt, dass das erste Obergeschoss für gewerbliche Nutzungen zur Verfügung steht und dass man da nicht einfach unbedingt jedermann da herumspazieren lassen will, weil das vielleicht mit den Nutzungen, die da stattfinden, kollidieren könnte.

Dann wurde moniert, mit der Einhaltung der Gestaltungspläne stehe es nicht zum Besten. Was den Rosengarten anbelangt, muss ich sagen, heute gibt es da halt gar keine entsprechende Pflicht mehr. Das hat der alte Stadtrat gestrichen. Fragen Sie mich nicht warum. Aber da ist

eigentlich aktuell alles konform. Man darf nicht mehr da drauf. Als man da die beiden weiteren Häuser gebaut hat, hat man den Gestaltungsplan überarbeitet, das ist da rausgefallen. Wir werden uns sicher Mühe geben, dass hier alles so umgesetzt wird, wie es umgesetzt werden sollte.

Minergie: Diese Frage werden wir, wie in der Kommission erklärt, im Rahmen der Baubewilligung nochmals anschauen. Hier verschärfen sich auch laufend die entsprechenden Vorschriften.

Ich glaube, das waren die wesentlichen Punkte, die hier angesprochen wurden. Mich würde es sehr freuen, wenn Sie Arbon an dieser zentralen Stelle einen Entwicklungsschub ermöglichen würden, dass da attraktive Einkaufsmöglichkeiten entstehen können, eine attraktive Lage für weitere gewerbliche Nutzungen, auch für Wohnungen und wir an dieser Stelle wieder eine Bebauung haben, die dieser Stelle auch würdig ist.

Präsident Ulrich Nägeli, SVP: Eintreten ist obligatorisch.

Abstimmung

Der Antrag des Stadtrats wird mit 27 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme angenommen.

Heidi Heine, SP/Grüne: Ich habe einen Antrag gestellt. Ich weiss nicht, gibt es dazu einen Rückweisungsantrag?

Präsident Ulrich Nägeli, SVP: Ich habe keinen schriftlichen Antrag erhalten.

Heidi Heine, SP/Grüne: Ich habe ihn nur mündlich gestellt.

Präsident Ulrich Nägeli, SVP: Ich habe eingangs die Frage gestellt, ob es Änderungen zur Traktandenliste gibt. Es hat keine Änderungsvorschläge zu den Traktanden gegeben.

Lukas Graf, SP/Grüne: Ich würde schon bitten, dass man da auf den Prozess aufmerksam macht. Es kann sein, dass man bei einem obligatorischen Eintreten keinen Rückweisungsantrag stellen kann. Dass man diesen schriftlich hätte einreichen müssen, wird normalerweise darauf hingewiesen. Aber dies einfach so komplett zu ignorieren und danach auf die Schriftlichkeit zu verweisen, finde ich nicht das richtige Vorgehen. Ich meine, man müsste mindestens den Antrag in irgendeiner Form würdigen und zu verstehen geben, dass man das Ganze wahrgenommen hat.

Präsident Ulrich Nägeli, SVP: Ich wiederhole das. Das Traktandum wurde klar gesetzt und es wurde nicht bestritten. Man hätte es zurückweisen oder einen Antrag stellen können. Jetzt wurde das Traktandum behandelt, es wurde eingetreten und es wurde abgestimmt. Somit ist diese Diskussion eigentlich beendet. Der Antrag des Stadtrats wurde mit 27 gegen 1 Stimme angenommen.

3. Reglement über das Landkreditkonto, Teilrevision

2. Lesung

Präsident Ulrich Nägeli, SVP: An der Parlamentssitzung vom 9. November 2021 wurde das Reglement über das Landkreditkonto in 1. Lesung beraten. Die Beschlüsse der 1. Lesung wurden in die Synopse eingearbeitet. Bitte nehmen Sie diese zur Beratung zur Hand. Ich werde die Artikel einzeln aufrufen. Möchte jemand aus dem Parlament einen Antrag stellen, bitte ich euch, sich beim entsprechenden Artikel rechtzeitig zu melden. Die Anträge sind schriftlich abzugeben.

Art. 2 Anwendungsbereich

Riquet Heller, FDP/XMV: Sofern Sie das Protokoll der letzten Sitzung gelesen haben, haben Sie festgestellt, dass ich einen Antrag zu Art. 2 gestellt habe, den Sie auch gutgeheissen haben. Dieser lautete: "Die Bestimmungen dieses Reglements gelten sinngemäss für sämtliche Grundstücksgeschäfte, insbesondere für Baurechte sowie Grund- und Personaldienstbarkeiten." Ich nehme an, es war ein Verschreiber, dass mein Antrag, den wir in 1. Lesung gutgeheissen haben, hier nicht richtig übergeben wurde, nicht mit dem Mehrzahlbegriff für Baurecht. Ich glaube, das nicht schriftlich stellen zu müssen, weil es ja im Protokoll festgeschrieben steht. Ich stelle entsprechend Antrag, dass der Plural Baurechte verwendet wird.

Präsident Ulrich Nägeli, SVP: Da niemand das Wort wünscht, gilt der Antrag als stillschweigend angenommen.

Rückkommen wird nicht gewünscht.

Präsident Ulrich Nägeli, SVP: Somit sind wir am Schluss der 2. Lesung angelangt; die Redaktionslesung ist auf eine der nächsten Sitzungen geplant.

**4. Postulat Prüfung einer Einheitsgemeinde: Zusammenschluss der Schulgemeinden auf dem Gemeindegebiet Arbon und der politischen Gemeinde Arbon von Aurelio Petti, Myrta Lehmann, Migga Hug, Reto Neuber, Arturo Testa, alle CVP/EVP
Stellungnahme, Beratung, Beschlussfassung**

Präsident Ulrich Nägeli, SVP: Das Postulat wurde am 4. Mai 2021 eingereicht. Die Stellungnahme des Stadtrats haben Sie mit den Unterlagen erhalten. Heute geht es um die Überweisung des Postulats an den Stadtrat. Wird dieses überwiesen, hat der Stadtrat dem Parlament innert 4 Monaten einen ausführlichen Bericht vorzulegen. Andernfalls gilt das Geschäft als erledigt.

Aurelio Petti, Die Mitte/EVP: Die Fraktion Die Mitte/EVP dankt dem Stadtrat für die Prüfung und für die ausführliche Antwort. Es hat uns ganz besonders gefreut, dass unser Postulat von weiteren 22 Parlamentarier/innen unterzeichnet wurde und somit mit 27 Unterschriften eingereicht werden konnte. Ganz herzlichen Dank an alle Mitunterzeichnenden.

Die Überprüfung der Schulorganisation Arbons ist ein wichtiges und aktuelles Thema, das nicht nur aus unserer Sicht konkret angegangen werden sollte. Wir als gewählte Volksvertreter/innen stehen in der Pflicht, uns insbesondere auch für die Belange unserer Schulen einzusetzen und sind der Ansicht, dass die Überprüfung der Organisation der Arboner Schulen eine hohe Priorität haben muss. In einem ersten Schritt wollten wir das Thema im Parlament einbringen und dem Stadtrat den Auftrag erteilen, das Anliegen zu prüfen. Die Mitte Arbon findet die aktuelle Situation seit einiger Zeit als unbefriedigend und hat mehrere Anläufe unternommen, eine Podiumsdiskussion mit dem Thema Neues Beitragsgesetz, Reformbedarf bei der Schulorganisation zu realisieren. Leider musste der Anlass aufgrund der Pandemie mehrmals abgesagt werden. Wie wir alle festgestellt haben, hat das neue Beitragsgesetz eine Umverteilung der Schulbeiträge zur Folge. Zum Nachteil leider der Primarschulen. Die Primarschulen mussten sich auf diese neue Ausgangslage einstellen und wo immer möglich Einsparungen vornehmen. Das Beispiel des Budgets 2022 der PSG Arbon zeigt deutlich auf, dass ohne Leistungseinbussen keine weiteren Einsparungen möglich sind. Doch geht es uns nicht nur um den reinen finanziellen Aspekt, die Argumente für einen Zusammenschluss der Schulen haben wir ausführlich in unserem Postulat aufgelistet und gelten für jede Form des Zusammenschlusses. Die ausführliche Antwort des Stadtrats und die Haltung der betroffenen Schulgemeinden zeigen deutlich auf, dass sich alle Schulgemeinden einig sind, dass die Bildung einer Einheitsgemeinde nicht wünschenswert und auch nicht möglich und sinnvoll ist.

Damit kann man in einem ersten Schritt diese Lösung als nicht machbar ad acta legen. Die Bildung einer Volksschulgemeinde würde zwingend den Einbezug der Primarschulgemeinden Roggwil und Freidorf Watt bedingen. Aktuell gibt es auch da keine Anhaltspunkte, dass eine Volksschulgemeinde bei beiden Schulgemeinden ein Thema ist. Die Bildung einer Volksschulgemeinde scheint auch aus finanziellen Gründen nicht lohnend zu sein, da der kantonale Schulfinanzausgleich Volksschulgemeinden benachteiligt. So die Ausführungen des Stadtrats. Erfreulich ist, dass der Stadtrat den Zusammenschluss der drei Primarschulen Arbon, Frasnacht und Stachen aus Gründen des Zusammenhalts der Stadt Arbon begrüßen würde. In der Zwischenzeit haben wir viele Reaktionen von Parlamentarier/innen sowie aus der Bevölkerung erhalten, die deutlich aufzeigen, dass ein Zusammenschluss der drei Primarschulgemeinden Arbons befürwortet wird, ja sogar gefordert wird. Begrüssenswert wäre es aus unserer Sicht, wenn der Anstoss dazu von den verantwortlichen Schulbehörden kommen würde. Die Fraktion Die Mitte/EVP plant, im nächsten Jahr eine öffentliche Podiumsdiskussion endlich zu realisieren. Die Fraktion Die Mitte/EVP ist jedoch einstimmig für Nichtüberweisung.

Pascal Ackermann, SVP: Wir danken den Postulanten für das Einreichen dieses Vorstosses sowie dem Stadtrat für die gute Beantwortung. Das Postulat bzw. das Anliegen geniessen in unserer Fraktion viel Sympathie. Wir treten immer dafür ein, dass wenn irgendwo möglich Synergien genutzt werden. Dies im Sinn eines effizienten und kostengünstigen Staats- und auch Schulhaushalts. Leider gestaltet es sich bei diesem Thema mit der Einheitsgemeinde nicht ganz so einfach, wie der Stadtrat dies in seiner Beantwortung darlegt. Eine Einheitsgemeinde muss aus unserer Sicht auch nicht unbedingt das Ziel sein, da Erfahrungen aus anderen Gemeinden auch im Kanton Thurgau zeigen, dass die erhofften Effekte in diesen Gemeinden zu grossen Teilen ausbleiben. Stichwort Finanzen: Da wurde nicht wirklich so viel eingespart, wie man sich ursprünglich bei der Bildung einer Einheitsgemeinde erhofft hatte. Wo jedoch angesetzt werden kann, und dies ist für uns der wichtigste Punkt, sind die drei Primarschulgemeinden auf dem Arboner Stadtgebiet. Bestimmt könnte die Zusammenarbeit zwischen diesen drei Behörden intensiviert werden und vor allem könnten aus unserer Sicht diese drei Primarschulgemeinden endlich zu einer zusammengeführt werden. Jedoch können wir als Parlamentarier der Stadt Arbon leider nicht mitreden, dies wird ebenfalls vom Stadtrat in seiner Antwort korrekt ausgeführt. Aus diesem Grund werden wir als Fraktion SVP dieses Postulat auch ablehnen, denn nur das Postulat überweisen, damit der Stadtrat in vier Monaten nochmals die gleiche Antwort bringen muss, ist relativ sinnlos. Jedoch sollten wir alle zusammen versuchen, diesen Gedanken in die jeweiligen Primarschulgemeinden respektive in die entsprechenden Schulgemeindeversammlungen hineinzutragen. Dies ist letztlich zum Wohl aller Bürgerinnen und Bürger Arbons sowie deren Kinder.

André Mägert, FDP/XMV: Die FDP/XMV-Fraktion bedankt sich bei den Kolleginnen und Kollegen für die Überlegungen und die Eingabe dieses Postulats zur Prüfung einer Einheitsgemeinde. Ebenso bedanken wir uns ganz herzlich für den guten, ausführlichen und nachvollziehbaren Bericht des Stadtrats. Die Überlegungen, welche die Postulanten und Postulantin geführt haben, sind zwar nachvollziehbar, aber in der Detailplanung zu einer möglichen Umsetzung den Verantwortlichkeiten und vor allem der Einflussnahme der politischen Gemeinde zu wenig durchdacht. Aus eigener Erfahrung in einer früheren exekutivpolitischen Tätigkeit in einer Agglomeration in etwa der gleichen Grösse wie Arbon durfte ich die erfolgreiche Bildung einer Einheitsgemeinde mitbegleiten und mich über die erreichten Ziele wie eine beachtliche Reduktion der Kosten, Erhöhung von Qualität und Effizienz, Nutzung von vielen Synergien sowie Optimierung der Verwaltung erfreuen. Diese Gemeinde hatte jedoch eine völlig andere, ja viel bessere Ausgangslage, welche die Bildung einer Einheitsgemeinde überhaupt ermöglichte. Der Stadtrat zeigt in seinem Bericht ganz klar auf, welche Hürden vorgängig genommen werden müssten, um überhaupt an die Schaffung einer Einheitsgemeinde zu denken. Eine wichtige Voraussetzung wäre zur Bildung einer Einheitsgemeinde, also dem Zusammenschluss einer politischen und einer Schulgemeinde das Vorliegen einer Volksschulgemeinde. Im Fall Arbons also ein Zusammenschluss zwischen Primar- und Sekundarschulgemeinde. Unter anderem auch aus historischen Gründen liegt es

hier auf der Hand, dass Arbon noch weit davon entfernt ist. Allein auf dem Gemeindegebiet Arbon gibt es drei unterschiedliche Primarschulgemeinden und diese haben es 23 Jahre nach der Gründung einer Munizipalgemeinde, das war die Fusion zwischen Arbon, Frasnacht und Stachen, noch immer nicht geschafft, eine einheitliche Primarschulgemeinde zu bilden. Dieser Zusammenschluss hat in den Augen der FDP/XMV-Fraktion oberste Priorität und sollte entsprechend angegangen respektive vorangetrieben werden. Die Integration respektive Abgrenzung zu anderen PSGs wie Roggwil, Freidorf, Watt wäre dann ebenfalls noch zu bedenken. Es liegt auf der Hand und der Stadtrat hat es in seiner Antwort auch klar aufgeführt, dass die Einflussnahme einer politischen Gemeinde zum Zusammenschluss der Schulgemeinden relativ gering respektive bescheiden ist. In diesem Sinn des schrittweisen Vorgehens, deren Prozesse sich noch über Jahre erstrecken können, ist die grosse Mehrheit der FDP/XMV-Fraktion zur Auffassung gekommen, dieses Postulat nicht an den Stadtrat zu überweisen. Dies wäre buchstäblich das Pferd von der falschen Seite aufgezümt. Hingegen unterstützt auch die FDP/XMV-Fraktion sämtliche zielgerichteten Aktivitäten oder politischen Vorstösse, welche einen ersten Schritt zur Vereinigung der Primarschulgemeinden auf unserem Gemeindegebiet vorantreiben und beschleunigen würden.

Daniel Bachofen, SP/Grüne: Im Namen meiner Fraktion SP/Grüne bedanke ich mich ebenfalls bestens beim Stadtrat für die sehr ausführliche Beantwortung des Postulats. Die Länge der Antwort zeigt aber auch die Komplexität der aktuellen Situation der Schulbehörden im Einzugsgebiet der Stadt Arbon auf. In den wesentlichen Linien sind wir mit der Argumentation des Stadtrats einverstanden. Die Schulen funktionieren gut und dies ist neben dem grossen Engagement der Lehrerinnen und Lehrer auch der guten Arbeit der Schulbehörden zu verdanken. Eine Auflösung der gut funktionierenden Sekundarschulgemeinde zugunsten einer Einheitsgemeinde birgt sicherlich mehr Risiken als Chancen. Wir würden ein solches Vorhaben deshalb nicht unterstützen. Eine Einheitsgemeinde zusammen mit Roggwil ist politisch wohl zurzeit kaum realisierbar. Die Fraktion SP/Grüne lehnt deshalb das Postulat einstimmig ab. Einem Zusammengehen der drei Primarschulgemeinden stehen wir hingegen grundsätzlich positiv gegenüber. Wir sehen hier ebenfalls einen Vorteil in der Stärkung des Zusammenhalts der Stadt Arbon. Eine gemeinsame Primarschule würde die Einheit der Stadt fördern und könnte in den Behörden Synergien freilegen. Hingegen sind wir skeptisch, wenn es um die finanziellen Vorteile eines solchen Zusammenschlusses geht. Üblicherweise führt eine Zusammenlegung zu einer weiteren Professionalisierung, welche die Einsparungen kompensiert. Der Fraktion SP/Grüne ist vor allem die Qualität der Bildung unserer Kinder ein hohes Anliegen. Das Ziel kann nicht eine möglichst billige Schule sein, Arbon braucht eine Schule, deren Qualität so hoch ist, dass sie klar zu den Standortvorteilen in Arbon zählt.

Riquet Heller, FDP/XMV: Ich beantrage Ihnen, das Postulat erheblich zu erklären und bin geradezu dankbar, dass die Postulanten ihr Postulat nicht zurückgezogen, sondern nur eine Nichtüberweisung beantragt haben. Ich finde das ein bisschen mutlos, wenn man 27 Unterschriften hat, nachher einfach zu beantragen: Rückzug. In seiner Antwort unterstützt der Stadtrat das Postulat ja anfänglich, buchstabierte dann aber Absatz für Absatz zurück. Während das Fallenlassen eines Zusammenschlusses zu einer Volksschul- oder gar einer Einheitsgemeinde noch nachvollziehbar ist, weil hier auch Roggwiler und Freidorfer Gemeinden betroffen sind, erachte ich den letzten Abschnitt der Beantwortung des Postulats, wo der Stadtrat auch noch vor einem Zusammenschluss der Arboner Primarschulgemeinden einknickt, definitiv als blutarm und formalistisch. Es fehlt am politischen Willen, am Feuer, sich für die Einheit von Arbon einzusetzen.

Der Stadtrat schreibt, insbesondere die Aufteilung der Arboner Primarschulen auf drei Körperschaften erzeuge Fliehkräfte, die den Standort Arbon als Einheit schwächt. Im Interesse des Zusammenhalts von Arbon wäre ein einheitlicher Auftritt wünschenswert. Wie recht der Stadtrat hat. Arbon schwächelt immer noch wegen des alten Gemeindedualismus. Überbleibsel dieses unsäglichen Dualismus sind die drei Arboner Schulgemeinden. Nirgendwo sonst gibt es im Thurgau eine solche Zerstückelung auch noch auf der Schule in einer politischen Gemeinde wie in Arbon. Das sehen Sie deutlich auf dem Deckblatt, das Sie bekommen haben mit den

statistischen Angaben betreffend Finanzen. Die Gemeinde Arbon ist dort die einzige, die noch unterteilt ist und gleich dreifach. Wie wenn wir eine grosse Gemeinde wären. Dabei sind wir flächenmässig eine der kleinsten im Kanton Thurgau.

Wie definieren sich diese drei Schulgemeinden in Arbon gebietsmässig? Die Primarschulgemeinde Arbon ist die alte Ortsgemeinde. Die Schulgemeinde Frasnacht besteht aus der ehemaligen Fraktion Nord der alten Ortsgemeinde Frasnacht und die Schulgemeinde Stachen aus dem Südteil dieser alten Ortsgemeinde. Wo die Grenze genau verläuft, wissen die Götter. Wissen nicht einmal wir Arboner genau. Die Aufspaltung in drei Schulgemeinden hat unter anderem auch zur Folge, dass in Arbon kein einheitlicher Steuerfuss herrscht. Es kommt darauf an, wo in Arbon man wohnt, auf welcher Strassenseite teilweise sogar. Dann kommt es dito darauf an, wenn man sein Kind an den Mittagstisch schicken will, wo man wohnt. Den organisiert nämlich die Primarschulgemeinde. Dito bei der ausser-schulischen Belegung der Turnhallen, die diesen Schulen gehören. Wir Parlamentsmitglieder kennen alle diese Diskussionen zur Genüge, sie hängen mir als Arboner zum Hals heraus, weil ich schon seit Jahrzehnten Ortspolitik betreibe und jedes Mal das höre, ja das gehört eben zu Stachen, nein zu Frasnacht, der Bühlhof ist nicht mehr Arbon und solches Zeug. Diese Diskussionen meine ich, sollten endlich einmal zu Ende sein. Keine Privatfirma würde sich so organisatorisch führungs- und imagemässig aufstellen, wie wir das betreffend die Gemeindefunktion in Arbon sind.

Die Primarschule Arbon umfasst etwa 1000 Schüler, die Primarschule Frasnacht etwa 200 und die Primarschule Stachen etwa 60. Wegen grosser Bautätigkeit im Ortsteil Frasnacht wird sich die dortige Schülerzahl in den nächsten 2-3 Jahren von 60 auf 90 erhöhen, das ist eine Steigerung um 50 %. Stellen Sie sich vor, Arbon hätte plötzlich 1500 Schüler. Stachen muss das stemmen. Sie meinen, ist doch kein Problem. Die Stachener sollen mit der Arboner Primarschule doch reden. Nein, ein Schülerabtausch zwischen zwei Gemeinden ist nicht so problemlos wie eine Schülerzuteilung in ein anderes Schulhaus der gleichen Gemeinde. Das muss vom Kanton bewilligt werden und hat finanzielle Konsequenzen. Das ist fast ein Staatsvertrag, wenn ein Schüler in einer anderen Gemeinde beschult werden muss.

Sodann das Bestellen der Schulbehörden. Jede unserer drei Primarschulgemeinden hat fünf Behördenmitglieder. 15 Schulbehördenmitglieder auf dem Gebiet der Stadt Arbon, das ist ja 50 % unseres Parlaments, die da in den Schulbehörden hocken. Dann kommen noch drei Verwaltungen dazu, das gibt ja in gewissen Gemeinden fast mehr Behördenmitglieder als Schüler. Fünf Behördenmitglieder für 1000 Schüler in Arbon, Frasnacht fünf Behördenmitglieder für 200 Schüler, Stachen fünf Behördenmitglieder für etwa gleich viele Lehrer und derzeit 60 Schüler. Wie viele unter uns Parlamentsmitgliedern wohnen auf dem Gebiet der alten Ortsgemeinde Arbon? Ich habe es nachgeschaut. 28 von uns wohnen auf dem Gebiet der alten Ortsgemeinde Arbon. Aus Frasnacht kommen gerade mal zwei, nämlich du Myrta und du Ueli. Aus Stachen kommt niemand zu uns. Auf Deutsch: Die Stachener und Frasnachter, die sich für örtliche Belange interessieren, werden vorweg von ihren Schulbehörden abgesogen. In Stachen finden Sie kaum jemanden, der sich für örtliche politische Angelegenheiten interessiert und auch politisch geeignet ist, der Ihnen nicht antworten kann: Ich bin und war schon in der Schulbehörde. Das ist ja dort fast jeder zweite. Der Arboner Stadtrat ist für alle Arboner Quartiere zuständig, also für Stachen und Frasnacht inklusive Feilen und Kratzern sowie für das Arboner Bergli und Städtli. Der Arboner Stadtrat und das Arboner Parlament sind für das ganze Gebiet zuständig. Wenn man nun tatsächlich etwas bewegen und nicht alles beim Alten lassen will, genügt es meines Erachtens nicht, dass unser Stadtrat mit zwei, drei Worten spröde darauf verweist, die Initiative für eine Fusion der Primarschulgemeinden habe von den betreffenden Gemeinden und ihren Schulbürgerinnen und -bürgern auszugehen. Fini. Basta. Die sollen selber schauen. Jeder weiss, dass das Projekt einer Gemeindefusion eine Herkulesaufgabe ist, wo man sich wenig politische Lorbeeren holen kann, aber viele Nachteile. Ich erinnere Sie daran, dass einer unserer Stadtpräsidenten seinen Einsatz für eine politische Gemeinde Arbon mit seiner Abwahl bezahlt hat und einer Aufgabe seiner politischen Laufbahn auf kantonaler Ebene. Trotzdem: Die Vereinigung der beiden Ortsgemeinden Arbon und Frasnacht war und ist

gut und zur Selbstverständlichkeit geworden. Wer erinnert sich überhaupt noch daran, dass wir in Arbon zwei Gemeinden hatten? Die Stadt Arbon, repräsentiert durch den Stadtrat und unterstützt vom Stadtparlament, steht darum meines Erachtens als Vermittler und Initiator politisch in der Pflicht, für die Einheit Arbons zu sorgen. Auch in schulischen Belangen. Imagepflege par excellence ist das. Ich bitte Sie darum, dem Postulat trotz des Nichtüberweisungsantrags zuzustimmen und eine vertiefte Diskussion über die Arboner Gemeindestruktur in schulischen Belangen zu ermöglichen und diese Diskussion nicht mit irgendwelchen Ausreden erneut auf den Sanktnimmerleinstag zu verschieben.

Aurelio Petti, Die Mitte/EVP: Das war natürlich ein unglaublicher Aufruf und Votum von Riquet Heller. Ganz herzlichen Dank. Als Initiator des Postulats muss ich Ihnen sagen, ich bin eigentlich hochofret über die Diskussion. Natürlich bedaure ich sehr, dass unser Postulat zur jetzigen Situation, so wie wir es eingereicht haben, sicherlich nicht förderlich ist für die weiteren Prozesse, und bin auch nicht der Meinung, dass der Stadtrat da irgendwie kleinbei gibt, sondern dieser Prozess ist einfach realpolitisch aus unserer Sicht schlicht nicht machbar. Das haben wir eingesehen. Dennoch bin ich der Meinung, dass Sie und wir als gesamtes Parlament endlich die ganze Diskussion zum Thema Schule ernstnehmen müssen. Wir haben jetzt gehört, wer wo wohnt. Wir haben die Pflicht, auch hier hinzuschauen und diese Prozesse wirklich mitanzustossen. Helfen Sie in dem Fall mit. Ich habe Sie so verstanden, dass wir den ersten Schritt wagen und uns für einen Zusammenschluss der drei Primarschulgemeinden auf dem Gemeindegebiet Arbons kümmern und Vollgas geben. Ich bin immer noch der Meinung, es ist nicht die Aufgabe des Stadtrats, das zu tun. In dem Sinn bleibe ich dabei. Ich bin für Nichtüberweisung.

Stadtpräsident Dominik Diezi, Die Mitte: Ich bin sehr erfreut, dass wir uns ja, so weit ich das sehe, alle einig sind in der Beurteilung der aktuellen Situation, was möglich ist und was derzeit eher utopisch ist. Vielleicht zuerst, damit das nicht falsch verstanden wird: Der Stadtrat ist der Meinung, dass wir grundsätzlich drei sehr gut aufgestellte Primarschulgemeinden mit sehr engagierten Behörden, Präsidenten und auch einer entsprechenden Lehrerschaft auf unserem Gebiet haben. Es ist also gar nicht als Kritik an der Qualität der Primarschulgemeinden zu verstehen, wenn der Stadtrat klar hat durchblicken lassen, und das ist offenbar auch klar die Meinung aller, die sich da geäußert haben, dass es letztlich im Interesse von Arbon wäre. Und hier geht es nur um den Zusammenhalt, für uns steht auch nicht das Finanzielle im Vordergrund, sondern wirklich um den Zusammenhalt, dass diese Gemeinde nach bald einer Generation wirklich zusammenwächst, was ja bis heute noch nicht in allen Teilen der Fall ist. Es gibt noch genug Leute, die sehr wohl wissen, dass das mal zwei Gemeinden waren und wie das damals genau geschehen ist. Aber wenn wir wollen, dass dieses Arbon wirklich endlich zusammenwächst, dann wäre ein wesentlicher Teil auch, dass diese drei Primarschulgemeinden zusammenkämen, weil das in der Tendenz, wie wir es formuliert haben, den Zusammenhalt nicht fördert, sondern ganz im Gegenteil bis in die Sekundarschule ein gemeindespezifisches Bewusstsein bei den Kindern fördert. Das ist eigentlich nicht das, was wir als Stadtrat in der politischen Gemeinde Arbon, da wir ja die Verantwortung für die ganze Gemeinde haben, wollen. Aber es hat nichts damit zu tun, dass wir irgendwie eingeknickt sind, mit Ausreden hat es auch gar nichts zu tun. Es ist aus unserer Sicht einfach nicht erfolgsversprechend, wenn der Stadtrat hier auf die grosse Mission geht, denn selbst, wenn wir bei diesen drei Behörden noch ein Einverständnis erwirken könnten, wäre nach unserer Beurteilung aktuell Endstation sicher in den entsprechenden Gemeindeversammlungen von Stachen und Frasnacht. Und wenn du dich damit Herzblut so engagieren willst wie hier im Stadtparlament rhetorisch, dann lade ich dich gern ein Riquet, mach dich da mal auf den Weg, gründe IGs vor Ort, schaue, dass da eine politische Mehrheit entsteht. Und wenn du dann das Gefühl hast, dass du die jetzt beisammen hast für die Gemeindeversammlungen, dann steht diesem Projekt überhaupt nichts mehr im Weg. Es liegt letztlich in der Hand der Stimmberechtigten dieser drei Primarschulgemeinden und momentan ist in Stachen und Frasnacht aus unserer Sicht bei den Stimmberechtigten halt wirklich noch keine Mehrheit ausmachbar. Übrigens hat es auch hier zwei Stachener im Stadtrat, die hast du vorhin unterschlagen. Ich bin ja selber Mitglied der Primarschulgemeinde Stachen, ich war da schon

selber an entsprechenden Versammlungen. Da war ja die Schülerzahl relativ lange knapp. Dann hat sich eine Mutter gemeldet und gefragt, warum es denn so schwierig sei, dass uns die Arboner von der Brühlstrasse nicht ein paar Schüler mehr schicken. Die denken völlig in eine andere Richtung. Da hat man Angst, wenn die eigene Primarschulgemeinde weggeht, dass dann das Schulhaus verloren geht, dass es geschlossen wird oder das Ruder von der grossen Primarschulgemeinde Arbon übernommen wird und dass dann hier fertig ist mit unserem schönen Schulhaus. Wirklich ein sehr schönes Schulhaus, das wäre auch nicht gefährdet, aber hier ist einfach noch sehr viel Überzeugungsarbeit zu leisten, und zwar bei den Stimmberechtigten. Und wenn man da ansetzen will, ich kann alle hier nur aufrufen, schaut doch, dass eure Leute in Stachen und Frasnacht sich engagieren für diesen Zusammenschluss. Schaut, dass entsprechende Leute in die Behörden kommen, dann geht es schon vorwärts. Aber es ist sicher nicht erfolgsversprechend, wenn wir jetzt hier losrennen und meinen, wir können das von oben herab erzwingen. Das hat mit Ausreden nicht das Geringste zu tun, sondern mit einer realistischen Einschätzung der aktuellen Situation.

Abstimmung

Das Postulat wird mit 1 Ja-Stimme gegen 27 Nein-Stimmen nicht überwiesen.

5. Interpellation Elektromobilität: Points of Interest (POI) charging Arbon von Cyrill Stadler und Christine Schuhwerk, beide FDP/XMV Beantwortung

Präsident Ulrich Nägeli, SVP: Die Interpellation Elektromobilität: Points of the Interest (POI) charging Arbon von Cyrill Stadler und Christine Schuhwerk, beide FDP/XMV wurde am 29. Juni 2021 eingereicht. Gemäss Art. 46 Abs. 4 des Geschäftsreglements erklärt der Interpellant in einer kurzen Stellungnahme, ob er mit der Antwort befriedigt ist. Eine allgemeine Diskussion findet nur statt, wenn sie auf Antrag eines Parlamentsmitglieds beschlossen wird.

Cyrill Stadler, FDP/XMV: Ich bedanke mich beim Stadtrat ganz herzlich für die Beantwortung der eingereichten Interpellation zur Elektromobilität. Gemäss dem Bundesamt für Statistik BFS sind im Jahr 2020 238'000 Personenwagen neu zugelassen worden. Von dieser Anzahl waren 119'000 Benzinfahrzeuge, 52'000 Dieselfahrzeuge und rund 33'000 Fahrzeuge waren sogenannte Normalhybridfahrzeuge. Schluss: 34'000 Fahrzeuge waren entweder Plugin-Hybridfahrzeuge oder reine Elektrofahrzeuge. Das sind dann auch die beiden Kategorien, die an einer solchen Elektrosäule, wie ich sie in dieser Interpellation gefordert habe, Strom beziehen könnten. Nimmt man nur die reinen Elektrofahrzeuge, ist rund jedes zwölfte neu zugelassene Fahrzeug ein Elektrofahrzeug. Auch wenn der Gesamtanteil bei den total zugelassenen Fahrzeugen noch bedeutend kleiner ist, so ist der Zuwachs doch gigantisch. 2000, also vor 21 Jahren, waren es gerade mal 754 Fahrzeuge. Im Jahr 2020 waren es 43'396 Fahrzeuge und bis Ende dieses Jahres rechnet das Bundesamt für Statistik mit 70'223 reinen Elektrofahrzeugen. Das würde dann im Total rund 1.5 % aller zugelassenen Fahrzeuge entsprechen – immer noch ein bescheidener Anteil. Die Antwort des Stadtrats verweist nicht auf genauer bezeichnete Studien, welche davon ausgehen, dass die meisten Ladevorgänge zu Hause oder am Arbeitsplatz stattfinden. Das ist eine Binsenweisheit. Dazu braucht es nicht mal eine Studie. Als Fahrer eines solchen Elektrofahrzeugs war ich auch schon mehrmals froh, wenn ich an einem POI irgendwo unterwegs mein Auto zwischenladen konnte. Die meisten Ladungen finden auch bei mir zu Hause oder am Arbeitsplatz statt. Ich war beispielsweise schon froh in Locarno direkt am See, da gibt es eben eine solche Ladestation auch für Touristinnen und Touristen. Ob sich diese wohl auch Gedanken über die Masterplanung am Seeufer machen in Arbon, wenn sie keine Lademöglichkeit vorfinden, kann ich nicht beurteilen. Für den Stadtrat scheint dies aber wichtiger zu sein, als mit der Zeit zu gehen und Zeichen zu setzen. Ich bin mit der Beantwortung meiner Interpellation, namentlich mit dem Verweis auf die schon vielbemühte Masterplanung überhaupt nicht einverstanden und werde weiter an diesem Thema arbeiten, gegebenenfalls mit einer Motion, zum Beispiel betreffend das Parkierungsreglement und eine eventuelle Mindestanzahl an Elektroparkplätzen. Mir scheint,

dass der Stadtrat in dieser Frage nochmals über die Bücher gehen sollte. Das Angebot auf dem Platz Arbon, auch bei städtischen Liegenschaften oder vermieteten Parkplätzen, die der Stadt gehören, ist nicht gut. Nicht so gut, wie es einer Energiestadt gerecht werden könnte. Um etwas zu spüren, wie andere Parlamentarier darüber denken, möchte ich gern die Diskussion beantragen.

Abstimmung

Der Antrag auf Diskussion wird einstimmig angenommen.

Daniel Bachofen, SP/Grüne: Im Namen meiner Fraktion bedanke ich mich bestens beim Stadtrat für die Beantwortung der vorliegenden Interpellation. Ich bedanke mich auch bei der Interpellantin und dem Interpellanten für die Einreichung des Vorstosses. Dabei handelt es sich leider bereits um den zweiten Vorstoss in dieser Legislatur zum Thema Ladeinfrastruktur, der negativ beantwortet wird. Es darf also nicht erstaunen, dass die Fraktion SP/Grüne mit der Antwort nicht voll zufrieden ist. Aus unserer Sicht greift die Antwort zu kurz. Der Stadtrat nimmt das Thema zu wenig ernst. Beim Bedarf liegt der Stadtrat zwar richtig, wenn er glaubt, dass die meisten Ladevorgänge zu Hause stattfinden werden. Allerdings vergisst er dabei die Mieter. Für diese bedeutet zu Hause eben auch oft, dass ihr Fahrzeug auf einem Laternenparkplatz steht, und da haben wir in Arbon für diese Bürger definitiv noch Ausbaupotenzial. Auch bei den Touristen vergisst der Stadtrat die Hälfte. Es wird auch in Zukunft solche geben, die den Ladevorgang mit einer Pause verknüpfen wollen. Während das Auto lädt, kann man gemütlich essen gehen, noch etwas am See spazieren oder die Kinder können sich auf dem Spielplatz austoben. Und vielleicht, wenn wir Glück haben, bleiben die einen oder anderen Touristen sogar dann über Nacht in Arbon, weil es ihnen hier so gut gefallen hat. Sie sehen also, man kann unter Umständen aus einer Ladestation mehr Nutzen als nur Strom ziehen.

Dann zum Standort: Die Interpellanten sind hier vermutlich etwas zu präzise gewesen. Mag sein, dass aufgrund der Masterplanung der Adolph Saurer Quai zurzeit nicht geeignet ist. Aber im Sinn des Vorstosses hätte sicher ein anderer geeigneter Platz gefunden werden können. Ich denke da zum Beispiel an den Parkplatz hinter dem Jakob-Züllig-Park, beim Schwimmbad, beim Seeparksaal oder an der Promenadenstrasse. Mit etwas Fantasie hätte sich hier sicher eine gute Lösung in Seenähe finden lassen.

Auch zu den Kosten kann ich mir eine Bemerkung nicht verkneifen. Der Stadtrat schätzt diese auf CHF 80'000. Dies erscheint mir hoch. Und da die Kosten nicht genauer aufgeschlüsselt sind, lassen sie sich auch nicht weiter prüfen. Ich habe deshalb versucht, an eine Vergleichszahl zu kommen. Bei swisscharge.ch lässt sich ein Richtpreis für Aussenladestationen berechnen. Für zwei Ladestationen für vier Parkplätze, also vier Mal 22 KW, so wie vom Stadtrat vorgeschlagen, wird ein Preis von CHF 17'000 bis CHF 20'000 angegeben. Bereits miteinberechnet ist hier ein 20 Meter langer Erschliessungsgraben sowie allenfalls nötige Unterverteiler. Ich möchte hier nicht behaupten, dass diese Zahl besser oder genauer sei als die Zahl des Stadtrats, aber es bleibt zumindest ein Fragezeichen, ob die Investition wirklich so teuer sein würde. Insgesamt sieht die Fraktion SP/Grüne die Antwort als eine verpasste Chance, die Elektromobilität in Arbon einen Schritt weiterzubringen und gleichzeitig auch noch etwas für den Tourismus zu tun. Nach zwei gescheiterten Vorstössen scheint es so, dass das Parlament dem Anliegen über den Gesetzesweg zum Durchbruch verhelfen muss. Ich bin aber zuversichtlich, dass es uns mit etwas Ausdauer gelingen wird, Arbon bei der Ladeinfrastruktur in Zukunft besser zu positionieren.

Matthias Schawalder, SVP: Auch die SVP-Fraktion bedankt sich für die Interpellation der Interpellanten und die Beantwortung des Stadtrats. Die vergangenen Jahre zeigten, dass im Automobilsektor ein Wandel stattfindet. Verbrennungsmotoren, die mit fossilen Brennstoffen angetrieben werden, so prophezeien zumindest diverse politische Parteien und Experten auf der ganzen Welt, werden in naher Zukunft ausgedient haben und diverse Staaten kündeten sogar ein Verbot solcher an. Wo sich die Entwicklung jedoch hinbewegt, ist noch alles andere als klar. Was wird das Automobil der Zukunft wohl antreiben? Es stehen verschiedene Optionen

auf dem Papier. Die vielversprechendsten sind Strom aus der Batterie, jedoch auch Strom aus Wasserstoff-Sauerstoff-Brennstoffzellen oder auch synthetische aus erneuerbaren Energien hergestellte Treibstoffe sind im Spiel. Welche dieser Technologien sich durchsetzen wird, werden wir in den nächsten Jahren und Jahrzehnten sehen. Vielleicht wird es auch ein Mix von verschiedenen Optionen sein. Nicht einmal in der Bahnbranche, in der ich arbeite, gibt es eindeutige Tendenzen auf die eine Technologie. Als Ersatz für Triebzüge, die mit Diesel angetrieben werden, weil die Strecken nicht elektrifiziert sind, werden hier Triebzüge mit Akkus oder Wasserstoff-Sauerstoff-Brennstoffzellen entwickelt. Ganz nach den Bedürfnissen der jeweiligen Kunden. Die SVP-Fraktion schaut jedoch dieser Entwicklung positiv entgegen. Die Abhängigkeit von öl- und gasfördernden Staaten wird reduziert und es eröffnen sich neue Märkte, die auch von schweizerischen Stromproduzenten bedient werden können. Und genau diese Energieunternehmen werden den Markt auch bedienen, sobald es ökonomisch Sinn macht. So sehen wir es nicht ein, weshalb die Stadt für CHF 80'000 Einmalkosten und hohen jährlichen Betriebskosten eine Investition in eine Technologie tätigt, bei der man nicht weiss, wie lange sie gefragt ist. Wie auch die Interpellanten erachten wir es als zielführender, wenn die Stadt die Rahmenbedingungen schafft, dass sich private Anbieter, vielleicht sogar die Arbon Energie oder wie Daniel Bachofen vorhin gesagt hat, diese Swischarge, die auch privat ist, dazu bewegen, eine Ladestation auf Stadtgebiet zu installieren. Dies kann dann beispielsweise auch am Quai sein, indem man Parkplätze dort an diese privaten Anbieter vermietet und wie schon gesagt die Rahmenbedingungen dafür schafft.

Myrta Lehmann, Die Mitte/EVP: Die Fraktion Die Mitte/EVP bedankt sich für die Interpellation. Wir haben die Antwort des Stadtrats in der Fraktionssitzung angeschaut und sehen uns auf der Linie des Stadtrats. Es hat auf dem Stadtgebiet Arbon ja bereits einige Ladestellen. Wir sind überhaupt nicht gegen Ladestationen für elektrisch betriebene Fahrzeuge, uns ist durchaus bewusst, dass die Elektrofahrzeuge zunehmen. Die Anzahl von vier Parkplätzen mit Lademöglichkeit aber gerade auf dem Adolph Saurer Quai zu platzieren, erscheint uns momentan nicht passend, vielleicht wird das ja in der Masterplanung des Seeufers berücksichtigt. Wir sind der Ansicht, dass sich der Stadtrat sehr wohl in dieser Richtung engagiert. Vielleicht müssen wir mit den geplanten Projekten jetzt einfach mal vorwärtsmachen. Wir sähen ausserdem solche Ladestationen direkt beim Gastgewerbe, beim Gewerbe, damit der Nutzer in dieser Zeit die Möglichkeit hat, sich zu verpflegen oder einzukaufen. Warum könnten nicht beim Seeparksaal oder auch beim Schwimmbad wie schon erwähnt solche Ladestationen installiert werden? Wenn es einmal bei den neuen Bauten Stadthof oder Riva dazu kommen könnte, wären das sehr gute Alternativen, die natürlich von den Eigentümern mitgetragen werden müssten. Hier sehen wir die Bauherrschaft in einer gewissen Verantwortung. Der Stadtrat könnte dies sicherlich bei der Genehmigung von Baugesuchen einfließen lassen und dann mit passenden Anbietern zusammen auch erstellen.

Lukas Graf, SP/Grüne: Ich hatte beim Lesen der Beantwortung auf diese Interpellation ein bisschen ein Déjà-vu, denn ich habe 2019 eine einfache Anfrage zum Thema Elektromobilität eingereicht. Die Haltung war ähnlich ablehnend wie jetzt zu dieser Interpellation. Der Stadtrat hat damals ein bisschen vereinfacht gesagt, es gebe halt noch nicht so viele Elektrofahrzeuge und der Markt werde das schon alles regeln und wir werden Abklärungen treffen. Nun ist es so, inzwischen gibt es deutlich mehr Elektrofahrzeuge. Wenn man die Neuzulassungen in einer Grafik anschaut, sehen sie ein bisschen aus wie die COVID-Fallzahlen im Spätherbst. Gleichzeitig hat der Markt noch nie irgendetwas in eine vernünftige Richtung geregelt ohne staatliche Eingriffe. Auch da bin ich mir nicht so sicher, ob das so funktioniert. Und es zeigt sich nun auch wieder an der Beantwortung auf die Interpellation von Cyrill Stadler. Mich nehmen allerdings zwei Punkte wunder, ganz konkret aus der Beantwortung dieser einfachen Anfrage, die man vielleicht hier einfließen lassen könnte. Und zwar hat der Stadtrat gesagt, eine Fachkommission für Energie und Umwelt wird sich in den nächsten Monaten – das war im September 2019 – dieses Themas weiter annehmen und zusammen mit der Arbon Energie überlegen, was für Massnahmen und allfällige weitere Fördermöglichkeiten auf städtischem Gebiet möglich sind und was für Infrastrukturmassnahmen bei der Stromversorgung getroffen werden müssen. Da nimmt mich wunder: Ist da irgendetwas passiert? Oder ist die

Beantwortung auf die Interpellation von Cyrill Stadler das Resultat dieser Überlegungen? Das Zweite war meine Frage nach den öffentlichen Parkplätzen und den Parkflächen und Tiefgaragen, die im Besitz der Stadt sind oder zumindest teilweise im Besitz der Stadt sind. Da schrieb der Stadtrat, dazu müsste vorher eine Bedarfsanalyse erstellt werden. Klar, es war im Konjunktiv. Ich hoffe, die hat stattgefunden und auch da nimmt mich das Resultat wunder.

Stadtrat Dieter Feuerle, Grüne: Dem Stadtrat ist es sehr wohl bewusst, dass schon in wenigen Jahren die Elektromobilität im täglichen Verkehr eine wesentliche Rolle spielen wird. Das heisst, es werden auch öffentlich zugängliche Ladestationen benötigt. In Arbon gibt es bis jetzt erst wenige davon, das ist richtig. Auch nicht im touristischen Bereich oder in touristischen Zonen. Nebst den drei Ladepunkten im Rosengarten, welche von der Arbon Energie erstellt wurden, ging vor ein paar Monaten eine private Doppelladestation in Altstadtnähe an der Friedenstrasse in Betrieb. Diese kann von der Öffentlichkeit gegen Bezahlung genutzt werden. Zurzeit evaluiert die Stadt mit der Arbon Energie Ladestandorte für Elektrovelos beim Strandbad, Camping, Schwimmbad und Hafen, dazu beim Seeparksaal Ladestationen sowohl für Velos als auch für Elektroautos. Wir sind zuversichtlich, dass wir schon auf die kommende Tourismussaison Ladestationen anbieten können. Für E-Autos gleich hier nebenan. Des Weiteren beobachten wir den Pilotversuch der Stadt Bern, wo Ladestationen an Strassenlaternenmasten montiert werden sollen. Hier muss jedoch beachtet werden, dass die allermeisten Laternenmasten ungeeignet sind, da sie auf der parkplatzabgewandten Seite des Trottoirs stehen. Das heisst, wenn ein Ladekabel übers Trottoir verlegt werden müsste, wird es zur Stolperfalle. Dazu wäre in diesem Fall der Winterdienst nicht möglich. Die allermeisten unserer Kandelaber befinden sich leider auf der falschen Seite. Wir bleiben aber auf jeden Fall auch an diesem Thema dran, da es hier sehr viel Potenzial für die ebenso genannten Laternenparkplätze gibt. Es ist im Moment wirklich gar kein guter Zeitpunkt, um im Quabereich Ladestationen zu montieren, da wir zuerst das Resultat der Masterplanung und die Ideen daraus abwarten möchten. Es gibt im Quabereich zumindest auf öffentlichen Grund keine einfachen Montagemöglichkeiten für sogenannte günstige Wallboxes. Diese Art von Ladestationen werden, wie der Name sagt, direkt an eine Wand geschraubt. Das heisst, im Quabereich bräuchte es freistehende Ladesäulen, welche teure Zuleitungen samt Grabarbeiten erfordern. Es macht jetzt wirklich keinen Sinn, x tausend Franken auszugeben, um dann diese in zwei oder drei Jahren vielleicht versetzen zu müssen, wenn die Masterplanung uns andere Vorschläge macht. Für solche Ladestationen braucht es sehr stabile Sockel, die möglichst vandalensicher sein sollen und jeweils einen Anfahrerschutz brauchen. Ebenso braucht es ein Abrechnungssystem, Wartung und Reinigung. Die freistehenden Ladesäulen, das habe ich heute extra nochmal abgeklärt, die bei uns in Arbon sind und von der Arbon Energie betrieben werden, sind zurzeit hoch defizitär, da Elektroautos dank des sehr effizienten Elektromotors wenig Strom tanken müssen. Die Rentabilität wird sich mit der Zeit verbessern, wenn die Menge der Elektroautos weiter zunimmt und die Nachfrage nach Strom tanken steigt. Ich bin sehr zuversichtlich, dass wir in diesem Bereich schon bald einige Schritte vorwärtskommen.

Jetzt versuche ich noch, auf die Fragen von Lukas Graf einzugehen betreffend Energiekommission oder was die Stadt in den letzten zwei Jahren seit seiner Anfrage gemacht hat. Wie gesagt, wir sind ständig an diesem Thema dran, die Energiekommission wird jetzt auch Einfluss nehmen auf unser Energieförderreglement und es ist durchaus denkbar, dass auch vorgesehen ist, die Förderung von Ladestationen über unseren neuen Energiefonds zu ermöglichen. Ich zitiere aus der Beantwortung von vor zwei Jahren: "Sobald sich ein ausgewiesener Bedarf bzw. eine Nachfrage abzeichnet, wird die Installation von Ladestationen auf öffentlichem Grund in Betracht gezogen werden müssen." Das machen wir jetzt gerade. Und wie gesagt, ich hoffe, nächsten Frühling sieht man hier auch etwas und dass wir auch so liefern können. Betreffend die Mehrfamilienhäuser ist es so, ich kenne mittlerweile keine Tiefgarage mehr in Arbon, die gebaut wird, wo nicht automatisch schon mindestens Leerrohre verlegt werden, sodass auch später relativ einfach Ladestationen angeschlossen werden können. Ebenso achtet die Arbon Energie darauf, wenn irgendwo etwas neu gebaut wird, dass die Stromzufuhr bereits so gut ist, dass man auch mehrere Autos chargen könnte. Ich denke, hier sind wir echt auch einen Schritt weitergekommen. Bei der Bedarfsanalyse der städtischen

Tiefgaragen haben wir proaktiv nichts unternommen, aber wenn es Personen oder Leute gibt, die Tiefgaragenplätze von der Stadt mieten, dürfen sie jederzeit kommen und ich bin sicher, irgendwie findet man hier eine Lösung.

Präsident Ulrich Nägeli, SVP: Ich stelle fest, dass diese Interpellation mit der Diskussion als beantwortet gilt.

6. Fragerunde

Präsident Ulrich Nägeli, SVP: Gemäss Art. 48 des Geschäftsreglements führt das Parlament am Ende der Sitzung eine Fragerunde durch. Die Fragen werden an der Sitzung mündlich gestellt. Der zuständige Stadtrat beantwortet die Frage in der Regel sofort mündlich und kurz. Eine Diskussion findet nicht statt. Es sind für die heutige Sitzung keine Fragen eingegangen.

7. Informationen aus dem Stadtrat

Stadtpräsident Dominik Diezi, Die Mitte: Noch eine Bemerkung zur Neujahrsbegrüssung: Diese würden wir natürlich grundsätzlich sehr gern durchführen, es stünden mittlerweile auch zwei Arboner oder Arbonerinnen des Jahres zur Ehrung an. Ob wir diese wirklich durchführen können, allenfalls dann auch wollen, das werden wir noch vor Weihnachten zu entscheiden haben. Sie wissen alle, wie die Situation aktuell aussieht. Per se nicht gut. Wir müssen auch noch abwarten, was von Bern für Vorgaben gemacht werden. Ich bitte Sie einfach zu schauen, was der Stadtrat am Schluss kommuniziert, ob diese Feier stattfinden kann oder nicht.

Präsident Ulrich Nägeli, SVP: Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Interpellation Seeparksaal Mietreduktion für die einheimischen Vereine von Esther Straub, Die Mitte wurde mit 23 Unterschriften an den Stadtrat überwiesen.

Wir sind somit am Schluss der heutigen Sitzung. Die nächste Sitzung findet im neuen Jahr am 18. Januar 2022 statt. Leider ist es auch in diesem Jahr nicht möglich, den verdienten Abschlusspero durchzuführen. Somit bedanken wir uns mit einem kleinen Geschenk, das auf den Tischen liegt. Heute in zehn Tagen feiern wir Weihnachten. Ich wünsche allen Anwesenden dieses Saals bereits jetzt frohe und friedliche Weihnachten. Nehmen wir uns die Zeit für unsere Familien, Partnerinnen und Partner und Angehörigen und unsere Mitmenschen. Für das neue Jahr 2022 ebenfalls die besten Glückwünsche und einen guten Rat: Bleiben Sie gesund und aktiv. Die Sitzung ist somit beendet.

Ende der Sitzung um 20.55 Uhr.

Für die Richtigkeit des Protokolls:

Der Parlamentspräsident:

Die Parlamentssekretärin:

Ulrich Nägeli

Nadja Holenstein